

Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland
Frau Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
10557 Berlin

Bundesminister des Innern
Herrn Thomas de Maizière,
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Gießen/Berlin, 9.März 2016

Offener Brief:

Türkeipolitik der Bundesregierung, Menschenrechte und politische Stabilität

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrter Herr Bundesinnenminister,

mit großer Sorge beobachten wir die offiziell vorgetragene Indifferenz der Bundesregierung gegenüber der Menschenrechtslage in der Türkischen Republik. Als Bundesbürger mit Bindungen in der Türkei befremdet es uns sehr, wenn der deutsche Innenminister, wie bereits am 25. Januar 2016, sich erneut offen gegen eine Kritik der massiven Menschenrechtsverletzungen im Partnerland Türkei ausspricht (Zitat des Bundesinnenministers in der *Passauer Neuen Presse* vom 5.3.2016, wiedergegeben in der *Frankefurter Allgemeinen Zeitung*).

Die Stabilität der Türkei ist für die Entwicklung des gesamten Raumes von entscheidender Bedeutung, und die dramatische Verschlechterung der Menschenrechtslage, die von NGOs, Medien und Politikerinnen dokumentiert ist (so ist die britische Abgeordnete Natalie McGarry nach Presseberichten während ihres Besuchs im Südosten der Türkei zweimal festgenommen worden), gibt Anlass zu größter Sorge.

Natürlich ist uns allen bewusst, in welcher komplexen Lage der Bürgerkrieg in Syrien, die Flüchtlingsdramen in der Ägäis und die innereuropäischen Auseinandersetzungen gerade auch die deutsche Bundesregierung gebracht haben. Eine notwendige Zusammenarbeit mit der türkischen Regierung sollte jedoch unseres Erachtens auf keinen Fall den Eindruck erwecken, dass Deutschland und die EU sich vom Wohlwollen eines Staatspräsidenten abhängig machen, der die demokratischen Errungenschaften in der Türkei vorsätzlich und gezielt untergräbt.

Eine solche Wahrnehmung schadet mittelfristig auch den deutschen und europäischen Interessen in der Region.

Wenn ein NATO-Partner und EU-Beitrittskandidat hunderte eigener Bürgerinnen und Bürger in einer bewaffneten Auseinandersetzung nicht schützt (von Menschenrechtsorganisationen belegt), Medien unter Zwangsverwaltung gestellt werden und der Präsident wiederholt öffentlich erklärt, dass er weder die Verfassung respektiert noch gedenkt, ein Urteil des Verfassungsgerichts anzuerkennen, dann sind das Entwicklungen, die bei allen Opportunitätserwägungen nicht übersehen werden können mit der Haltung, „nicht der Schiedsrichter beim Thema Menschenrechte“ sein zu wollen.

Die Europäische Union stellt immer noch eine Wertegemeinschaft dar, die für die Friedenssicherung in Europa und in der Region einen zentralen Stabilitätsfaktor darstellen muss.

Die EU hat antidemokratische Entwicklungen in Mitgliedsländern wie Ungarn und Polen sehr offen und deutlich angesprochen. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass Menschenrechts- und Verfassungsverletzungen in der Türkei, die mit der EU und mit Deutschland auf vielfältige Weise verbunden ist, aus kurzfristiger taktischer Rücksichtnahme diskret übergangen werden. Erst im vorigen Jahr ist daran erinnert worden, wie vor hundert Jahren der damalige deutsche Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg eine deutsche Kritik infolge von Meldungen über Massenmorde an Armeniern durch die verbündete Armee des Osmanischen Reichs zurückwies (Notiz zum Bericht des Botschafters Wolff-Metternich vom 7.12.1915).

Erst vor wenigen Tagen verglich der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu bei einer öffentlichen Rede in Bingöl das derzeitige Verhalten kurdischer Politiker mit demjenigen „armenischer Banden“, die angeblich mit den Russen kollaborierten, wie in der offiziellen türkischen Geschichtsdarstellung als Begründung für die „Deportation“ der Armenier ab 1915 ausgeführt wird.

Der Bundesrepublik steht es nicht an, in den Fußstapfen des Kaiserreichs gravierende Missstände in einem Partnerland totzuschweigen.

Wir möchten der dringenden Hoffnung Ausdruck geben, dass die Politik der Bundesregierung gegenüber der Türkei sich ausdrücklich an den Prinzipien von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit orientiert und der Öffentlichkeit nicht weiter der Eindruck vermittelt wird, dass Kritik an den Vorgängen in der Türkei als Rechthaberei abgekanzelt werden kann.

Mit aufrichtigen Grüßen

Ali Ertan Toprak,
Bundesvorsitzender der Kurdischen Gemeinde Deutschland e.V.

N.N., deutscher Dozent an einer Universität in der Türkei (Name der Redaktion bekannt mit der dringenden Bitte des Autoren, ihn nicht zu veröffentlichen)